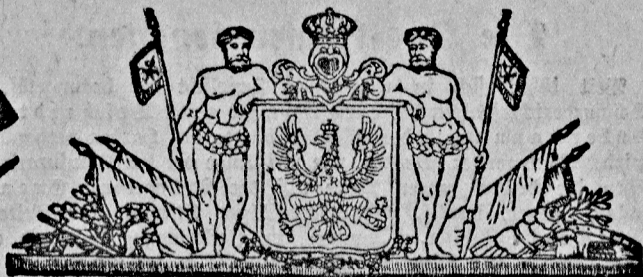


Vossische



Zeitung

Gegründet

1704

20. März

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (im Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600-3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 680.

Bonar Law sondiert in Washington.

Englischer Schritt in der Schuldenfrage.

* Paris, 12. Dezember.

Havas meldet aus London, daß die britische Regierung die Washingtoner Regierung vor dem 2. Januar offiziell befragen werde über die Haltung, die die amerikanische Regierung in der Frage der alliierten Schulden bei den Vereinigten Staaten einnehmen werde, unabhängig von der britischen Schuld. Für deren Zahlung seien spezielle Abmachungen zwischen Washington und London im Gange.

*

Der Londoner Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ hat aus Kreisen, die dem englischen Ministerpräsidenten nahe stehen — wie in der heutigen Morgenausgabe berichtet wurde — Informationen erhalten, die darauf schließen lassen, daß die beiden Pariser Konferenzen, die in der ersten Hälfte des Jahres abgehalten werden sollen, sich in erster Linie mit der Regelung der interalliierten Schulden befassen werden. Poincaré hat in einer französischen Pressekonferenz den Nachdruck darauf gelegt, daß Bonar Law ihm versprochen habe, eine großzügige Schuldenregelung in Aussicht zu nehmen. Der Weg, den der englische Ministerpräsident damit zu beschreiten gedenkt, wird jetzt in der oben wiedergegebenen offiziellen Havasmeldung aus London klargelegt.

Zum Verständnis der beabsichtigten englischen Anfrage in Washington, muß vorausgeschickt werden, daß eine Schuldenregelung innerhalb des Kreises der alliierten und assoziierten Mächte nur dann für Frankreich, Italien, Belgien und die Länder der Kleinen Entente wesentliche finanzpolitische Bedeutung gewinnen kann, wenn die beiden großen Gläubigerstaaten England und die Vereinigten Staaten Bereitschaft belunden, ihren Bundesgenossen Schuldennachlässe zu gewähren. Die kontinental-europäischen Ententestaaten sind nämlich in einem erheblichen Umfange für Varnorschüsse und Rüstungslieferungen an England und Amerika verschuldet, während England seinerseits für mehrere große Anleihen Schuldner der Vereinigten Staaten ist.

England hat in der Balfour-Note, die es an die Vereinigten Staaten und an seine kontinental-europäischen Schuldner zugleich richtete, den Standpunkt vertreten, es könne erst dann auf Verzinsung und Kapitalbetrag der Ententeschulden verzichten, wenn die Vereinigten Staaten ihrerseits England einen erheblichen Schuldennachlaß gewähren würden. Diese Argumentation hat in den Vereinigten Staaten außerordentlich verstimmend gewirkt. Denn, so wurde in den politischen Kreisen in Washington ausgeführt, eine Schuldenfreiheit seitens der englischen Regierung bedeute nur die Abschreibung uneintreibbarer Guthaben, wie sie jeder Kaufmann von Zeit zu Zeit vornehmen müsse. Die englische Schuld an die Vereinigten Staaten sei aber das Gegenteil eines faulen Bilanzpostens. Diese Schuld betrage weniger als eine Jahreseinnahme des englischen Staatshaushaltes und stelle einen Teil der Lasten dar, die England für den siegreichen und wirtschaftlich vorteilhaften Ausgang des Weltkrieges — Zerstörung der deutschen Handelsflotte, Besitzergreifung der deutschen Kolonien, Auflösung der deutschen Handelsniederlassungen im englischen Wirtschaftsgebiete — aufwenden mußte. England, dessen Volksvermögen durch den Krieg gewachsen sei, sei daher in der Lage, ein vernünftiges Rinszahlungs- und Tilgungsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu treffen.

Bonar Law, der nicht zum wenigsten durch die Gefährdung der engen englisch-amerikanischen Freundschaft — infolge der unglücklichen psychologischen Wirkung der Balfour-Note auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten — zur Rückkehr in die aktive Politik veranlaßt wurde, hat nun in dieser Frage einen anderen Weg eingeschlagen. Im Sinne seiner Auffassung, die Politik nach den Grundsätzen eines „ehrlichen Kaufmanns“ zu führen, hat er den Vereinigten Staaten erklärt, daß England bereit sei, während der Weihnachtsferien des Parlaments den Schatzkanzler Baldwin nach Washington zu entsenden, um mit dem amerikanischen Schatzamt über die Formulierung eines auf längere Sicht berechneten englisch-amerikanischen Schuldenabkommens zu verhandeln.

Wie bereits vor einiger Zeit in der „Vossischen Zeitung“ angedeutet wurde, dürfte aber der englische Schatzkanzler zugleich einen politischen Auftrag in Washington zu erledigen haben. Bei dem Wunsch Curzons und Bonar Laws, die englische Außenpolitik in der ganzen Welt — siehe Lausanne — in enger Uebereinstimmung und Fühlungnahme mit den amerikanischen Absichten zu führen, dürfte Baldwin beauftragt werden, festzustellen, wie sich die Vereinigten Staaten zu der Frage einer Beteiligung an der von England jetzt angekündigten bedingten Bereitschaft zu Schuldennachlässen zu verhalten gedenken.

Bonar Law hat — wenn die Agenturmeldungen über den Verlauf der Sonnabendbesprechung zutreffend sind — ausdrücklich nur die bedingte Bereitschaft Englands in Aussicht gestellt, auf die Eintreibung seiner Außenstände bei Frankreich, Bel-

gien, Italien und den Ländern der Kleinen Entente in der Praxis zu verzichten, indem es für diese Beträge die wohl auf ewige Zeiten uneinlösbaren Bonds der Reihe C des Londoner Zahlungsplans annimmt. Die Bedingung, die er formuliert haben soll, lautete dahin, „daß ein solches Opfer zur Lösung des allgemeinen Reparationsproblems beitragen könne“. Regierungspartei und Opposition sind in England darüber einig, daß eine „Lösung des allgemeinen Reparationsproblems“ nur möglich ist, wenn sie im Sinne sachlicher wirtschaftlicher Gesichtspunkte erfolgt, also, indem Deutschlands Lasten wenigstens annähernd in Uebereinstimmung gebracht werden mit der objektiven Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Diese

Ansicht stimmt aber weitgehend überein mit der wiederholt vom amerikanischen Staatsdepartement vertretenen Anschauung, die Vereinigten Staaten könnten sich erst dann an einer europäischen Sanierungsaktion beteiligen, wenn das Reparationsproblem nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und unter Anpassung an die deutsche Leistungsfähigkeit behandelt werden würde.

Die unpolitische, ökonomisch-technische Behandlung der Reparationsfrage dürfte die politische Bedingung sein, über die sich England und Amerika vor dem 2. Januar als Vorbedingung für Opfer in der Schuldenfrage unterhalten wollen.

W. H. E.

(Siehe auch dritte Seite.)

Der Reichskanzler über das Reparationsproblem.

Rede im Reichswirtschaftsrat.

Galapremiere des Reichswirtschaftsrates. Erste Sitzung im neuen eigenen Hause, dessen schöne Einfachheit freundlich anmutet. Der Sitzungssaal mit weißen Wänden und dunkelbraunen Sitzreihen macht in der hellen Beleuchtung der hängenden Riesenlampen einen intim behaglichen Eindruck. Wenn auch alles etwas eng und gedrängt erscheint, besonders heute, da der festliche Anlaß nicht nur die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates vollzählig in den Saal geführt hat, sondern auch eine große Zahl von Gästen, die sich um die zwölfte Stunde auf den schmalen Räumen hinter den Regierungsbänken drängen.

Die Reichsregierung ist fast vollzählig vertreten: der Reichskanzler frisch und lebhaft, plaudernd angeregt mit mehreren Herren, neben ihm sieht man den Außenminister Dr. von Rosenburg, der schmale, grau gewordene Kopf des Schatzministers Albert taucht auf, der Reichswirtschaftsminister Dr. Beder ist da, Groener, der Verkehrsminister. Auf der linken Seite des Saales der preussische Ministerpräsident Braun, Handelsminister Siering, Vertreter der Freistaaten. Der Reichstagspräsident Löbe nimmt seinen Platz neben dem des Reichskanzlers auf der Regierungsbank. Der Preussische Landtag wird durch seinen Präsidenten Veinert repräsentiert.

Lebhaftes Gewirr der Stimmen löst zu den Kleinen, schmalen, dicht besetzten Tribünen herauf. Man wartet auf den Reichspräsidenten. Mit einem Male ist er da, muß sich durch die schmale Gasse, die man ihm öffnet, zu seinem Platz auf der Regierungsbank durchzwängen. Die Begrüßung ist etwas formlos, formloser jedenfalls, als man sie gegenüber dem freigewählten Repräsentanten des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes wünschen muß; gerade weil er frei gewählt ist.

Präsidentenglocke, Eröffnungsformel — der Reichskanzler hat das Wort. Da er sich von seinem Platz erhebt, hält er ein paar Notizen in der Hand. Anscheinend freie unvorbereitete Rede. Ein paar dankende Sätze zunächst an jene, die sich um die Schaffung dieses eigenen Heims für den Reichswirtschaftsrat verdient gemacht haben. Eine unpolitische Festsrede? Nein. Von den Aufgaben und Arbeiten des Reichswirtschaftsrates leitet der Reichskanzler sehr bald zu der aktuellen Frage der Politik, der Reparationsfrage, über. In einigen vorstichigen Wendungen äußert er sich zu der unterbrochenen Londoner Konferenz und zu der Aufnahme des deutschen Vorschlags. Deutlicher — und gerade für die Hörer in diesem Saale sehr verständlich — wird der Reichskanzler, wo er über die Stellung der Wirtschaft zum Reparationsproblem und über die Stellung der Industrie zur Regierung sich äußert. Er nennt die „W. Allg. Stg.“, und er nennt Hugo Stinnes nicht. Aber scharf weist er Stinnes in seine Scharren zurück, kennzeichnet er mit ein paar Strichen die Stellung der Regierung als befürhernden, die Stellung der Industrie als des unterstehenden Faktors im Staat. Und es ist bezeichnend, daß gerade in diesem Saal, in dem neben den Männern der Arbeit die Männer der deutschen Wirtschaft sitzen, bei dieser Stelle der Rede des Reichskanzlers der erste und der kräftigste Beifall laut wird.

Wirtschaft und Reparationen.

Reichskanzler Dr. Cuno führte aus: In dem Augenblick, in dem sie in dieses Haus einziehen, gebe ich meiner Freude Ausdruck, wieder unter ihnen zu sein. Ich habe die häuslichen Sorgen als Mitglied des Reichswirtschaftsrates mitgemacht. Das Heim, das hier geschaffen wurde, ist einfach und anspruchslos, so einfach und anspruchslos, wie es den Mitteln des Reiches, der Lage der deutschen Wirtschaft und der Situation — in der sich beide, unser Land und unser Volk, zurzeit befinden. Indem ich dieses Kongress feststelle, möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieses einfache Heim des Reichswirtschaftsrates Zeuge sein möge der Wiederentwicklung und Gesundung der wirtschaftlichen Kraft unseres Landes.

Die Gründung dieses Heims macht den Reichswirtschaftsrat hier erst fest anständig. Dieses ist ein Ausdruck zugleich der Festigung und der Betätigung der Arbeit, die im Reichswirtschaftsrat bisher

geleistet worden ist. Sie wissen, der Gedanke des Reichswirtschaftsrates als eines besonderen wirtschaftlichen Parlamentes war lange umstritten und ist auch heute noch nicht dem Streik der Meinungen entzogen. Aber Sie, die Sie in der täglichen Arbeit gekannt haben, wissen es besser als irgend ein anderer, wie sehr die Arbeit des Reichswirtschaftsrates in ihrer bisherigen Form dazu angetan war, einen Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Kräften unseres Volkes zu schaffen und zu einer aufbauenden Arbeit zu führen.

Nicht etwa von heute zu morgen ist der Gedanke des Reichswirtschaftsrates zur Tat geworden. Obwohl noch heute viel umstritten, wurzelt er fest in Gedanken der Vergangenheit, in der Ueberzeugung, daß politische und wirtschaftliche Kräfte zusammenarbeiten müssen, wenn das Wohl des Vaterlandes fest gegründet sein soll. Rein Geringerer als Bismarck war es, der den Preussischen Volkswirtschaftsrat ins Leben rief, um alle wirtschaftlichen Fragen zunächst vor wirtschaftlichen Kreisen der Bereatung zu unterbreiten. Es hat mehrere Jahrzehnte gedauert, bis der Reichswirtschaftsrat, in der Verfassung begründet, ins Leben trat. Und auch heute hat er dieselben Aufgaben, die damals Bismarck dem Volkswirtschaftsrat gegeben hat: Er soll grundlegende wirtschaftliche Fragen durch wirtschaftliche Kreise beraten und begutachten lassen, und zugleich der Regierung Anregungen geben, die auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Was auf diesem Gebiete bisher geleistet worden ist, das erlassen Sie mir in dieser Stunde auszuführen. Die Vorlagen, die Sie beraten und begutachten, die Anregungen, die aus Ihren Kreisen der Reichsregierung und dem Reichstag geworden sind, sind so zahlreich und vielfältig, daß sie im Rahmen dieser Stunde aufzuzählen, nicht möglich ist.

Aber Männer möchte ich herausgreifen, die sich ganz besonders um die Arbeiten des Reichswirtschaftsrates verdient gemacht haben. Neben dem Präsidium waren es zwei Männer, die nicht mehr unter uns weilen, die die Gedanken und die Arbeiten des Reichswirtschaftsrates ganz besonders gefördert haben: es waren Legien und Rothenau, beide, Männer des Ausgleichs der Interessen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber und des Ausgleichs zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Auffassungen. Sie an diese Namen, in diesem Kreise, zu dieser Stunde zu erinnern, ist mir Pflicht.

Die Zusammenfassung des R. W. R. und seine Zuständigkeit entspringt und entspricht einem aufrichtigen Bedürfnis unserer Tage. Niemals zuvor war die Wirtschaft als Macht- und Kraftfaktor dem deutschen Volke und dem deutschen Lande nötiger als in unseren Tagen; niemals zuvor kam es so sehr darauf an, daß alle wirtschaftlichen Kräfte zusammengefaßt würden, um das Ziel zu erreichen, nach dem wir alle streben, endlich das Problem, das auf unserem ganzen wirtschaftlichen Leben lastet und immer stärker brüht, einer endgültigen Lösung entgegenzuführen. Niemals zuvor ist es mehr darauf angekommen, bei dieser Arbeit den Ausgleich der Gegensätze zu finden und alle Kräfte auf das eine Ziel anzuspannen, den Ausgleich der Gegensätze der Partei einem Staate, den Ausgleich der Gegensätze in den verschiedenen Klassen, den Ausgleich nach beiden Richtungen hin und den Weg zu einer Verschärfung der Arbeit. Diese Aufgaben des Reichswirtschaftsrates entsprechen genau dem, was wir im neuen Reichskabinett uns als unser Arbeitsprogramm vorgelegt haben. Die Zuständigkeit des R. W. R. gibt zugleich Aufschluß über das Verhältnis des R. W. R. zur Reichsregierung. Der R. W. R. hat nach der Verfassung nicht entscheidend aufzutreten, sondern begutachtend, befehwortend, anregend. So soll auch das Verhältnis der wirtschaftlichen Kreise zur Regierung das sein, daß die Regierung führt, und daß die Wirtschaft die Regierung unterstützt. (Lebhafte Beifall.)

Es gibt keinen Machtfaktor, es gibt kein Kraftzentrum der Wirtschaft, die stark genug wären, der Regierung die Führung in irgendeiner Beziehung aus der Hand zu nehmen. Aber wir können die Unterstützung und Mitarbeit dieser Wirtschaftskreise nicht entbehren, und wir wollen es auch nicht. Und so appelliere ich ganz besonders an Sie, um reiflose Unterstützung der Regierung und der Regierungsarbeit in diesem Sinne. Nicht in dem Sinne, daß alles, was die Regierung tut, von Ihnen restlos gutgeheißen wird. Sagen Sie Ihre Meinung frei heraus, aber arbeiten Sie mit der Regierung an der Erreichung des großen Zieles.

Ich möchte diese Zusammenarbeit von Wirtschaft und Regierung ganz besonders Ausdruck finden sehen in der Lösung der Reparationsfrage. Ich spreche nicht über die schwebenden Ver-